

1 EinreicherInnen: DIE LINKE. Thüringen, Landesvorstand und Landeswahlbüro

2

3

4 Antrag an die 1. Tagung des 3. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Thüringen am 5. und 6. November
5 2011 in Sömmerda

6

7

8 **Wahlstrategie für das Wahljahr 2012**

9

10 Am 22. April 2012 werden in 16 Landkreisen die Landräte und Landrätinnen gewählt. Im Saale-Orla-Kreis
11 findet die Wahl bereits am 15. Januar 2012 statt. Zeitgleich werden in den kreisfreien Städten Erfurt,
12 Weimar, Jena, Eisenach, Gera und Suhl die OberbürgermeisterInnen sowie in 99 Städten und Gemeinden die
13 der hauptamtlichen (Ober-)BürgermeisterInnen gewählt. Dazu kommen noch die Wahlen von 15
14 ehrenamtlichen BürgermeisterInnen.

15

16 **I. Ausgangssituation**

17

18 Zur Zeit sind 69 Frauen und Männer als kommunale Wahlbeamte und -beamtinnen in und bei der LINKEN in
19 Thüringen aktiv. In den Städten Artern, Bad Blankenburg, Eisfeld, Hildburghausen, Sömmerda, Trusetal und
20 Neuhaus am Rennweg arbeiten sehr erfolgreich hauptamtliche BürgermeisterInnen mit dem Mandat der
21 LINKEN. Dazu kommen noch hauptamtliche Beigeordnete (BürgermeisterInnen) in Suhl, Erfurt, Gera und im
22 Landkreis Nordhausen. 16 ehrenamtliche BürgermeisterInnen, 20 OrtsteilbürgermeisterInnen und 16
23 ehrenamtliche Beigeordnete runden dieses Bild ab.

24

25 Bereits seit dem Frühjahr 2010 hat sich der Landesvorstand der Partei DIE LINKE. den Anforderungen in
26 Vorbereitung der Landräte- und (Ober-)BürgermeisterInnenwahlen gestellt, entsprechende Beschlüsse
27 gefasst.

28

29 Mit dem Beschluss des Leitantrages „Politik für die Zukunft, die heute beginnt!“ auf der 3. Tagung des 2.
30 Parteitages in Sömmerda wurden nicht nur die Grundlagen für die weitere Arbeit im Landesverband gelegt.
31 Die beschlossenen Ziele dienen auch der weiteren Vorbereitung der Kommunalwahlen im April 2012, der
32 Bundestagswahl im Herbst 2013, der Wahlen der Mitglieder im Europäischen Parlament sowie der
33 kommunalen Vertretungen im Frühjahr 2014 und der Landtagswahl im Herbst 2014.

34

35 Auf der Grundlage des beschlossenen Leitantrages lässt sich DIE LINKE. in Thüringen von dem Ziel leiten,
36 „dass alle Menschen unabhängig davon, in welcher Region der Erde sie leben, selbstbestimmt, in Würde und
37 Solidarität leben können“. Gerade in den Kommunen, wo das Leben der EinwohnerInnen stattfindet, kann
38 DIE LINKE. „als Sachwalterin der sozialen und demokratischen Interessen der Wählerinnen und Wähler“
39 wirken, ohne die wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen zu vernachlässigen.

40

41 Dass die langjährigen Forderungen der Partei DIE LINKE. auf allen Ebenen vom Bundestag bis zur
42 kommunalpolitischen Ebene wirken, zeigen zum einen die Entwicklungen im Land Thüringen.

43

44 Mit dem neuen Landesarbeitsmarktprogramm wurde ein Schritt in die richtige Richtung gegangen, um
45 bessere Bedingungen für die Beratung, Begleitung, Qualifizierung und Integration von Langzeitarbeitslosen in
46 den Arbeitsmarkt zu schaffen, auch wenn damit die Forderungen der LINKEN nach einem öffentlich-
47 geförderten Beschäftigungssektor noch lange nicht erfüllt sind.

48 DIE LINKE. Thüringen ist seit Jahren aktiv an der Seite der Kommunen für eine bessere Finanzausstattung.

49 Die CDU-SPD-Regierung spart mit ihrem Landeshaushalt 2012 die Kommunen des Freistaates Thüringen zu
50 Tode. Ein Großteil der kommunalen Aufgaben im kulturellen und sozialen Bereich können nicht mehr
51 finanziert und realisiert werden. DIE LINKE. wird sich den geplanten Kürzungen im kommunalen
52 Finanzausgleich entgegen stellen.

53 Die Folgen politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen von der EU über den Bund bis zum Land werden
54 in den Kommunen zuerst spürbar. Das haben die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise,
55 beispielsweise beim Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen, in der jüngsten Vergangenheit deutlich

56 gezeigt. Aber auch die Atomkatastrophe in Japan hat die Einstellungen und Ängste der Bevölkerung
57 dramatisch beeinflusst und dazu geführt, neue Handlungsstrategien in den Kommunen im Bereich der
58 Energieproduktion und -versorgung zu entwickeln. Der Ruf nach kommunaler Selbstverwaltung bekommt
59 gerade in Zeiten knapper öffentlicher Finanzierungsgrundlagen immer mehr Bedeutung. Kommunale
60 Selbstverwaltung ist kein Selbstzweck. Sie ist jedoch eng mit der Finanzausstattung der Kommunen
61 verbunden. Die Gebiets-, Finanz- und Planungshoheit, die Hoheit über das Personal, die Organisation und die
62 Verwaltung sind verfassungsmäßig garantierte Rechte der Kommunen und müssen weiterentwickelt – nicht
63 eingeschränkt – werden. Dazu ist eine sachgerechte und auskömmliche Finanzausstattung unerlässlich.
64

65 DIE LINKE. ist Partnerin im Bündnis für mehr Demokratie, Partnerin beim Volksbegehren für eine bessere
66 Familienpolitik, streitet für die Abschaffung der Kommunalabgaben und hat sich erfolgreich für die
67 Wiedereinführung der Stichwahlen in den Kommunen eingesetzt. Links wirkt – das zeigt sich immer wieder!
68 Zahlreiche Forderungen der LINKEN für die Menschen finden inzwischen ihren Niederschlag in den
69 Aktivitäten anderer Parteien und der Thüringer Landesregierung.
70

71 Aber auch auf der kommunalen Ebene zeigen zahlreiche Beispiele, dass durch
72

- 73 – die weitere Entwicklung von Demokratie und Mitbestimmung
- 74 – die Verbesserung der Zukunftschancen für Kinder- und Jugendliche
- 75 – breite Kultur- und Bildungsangebote
- 76 – den Erhalt der kommunalen Infrastruktur und Wirtschaft
- 77 – die Schaffung und Verbesserung eines nachhaltigen Lebensumfeldes
- 78 – soziale und integrative Angebote und Einrichtungen
- 79 – zukunftsfähige Verwaltungs- und Gebietsstrukturen für Thüringen

80
81 die Ziele linker, alternativer und sozialistischer Politik erfolgreich realisiert werden können.
82

83 Überall dort, wo Einwohnerinnen und Einwohner in die Vorbereitung von Entscheidungen einbezogen werden
84 und transparentes Verwaltungshandeln auf der Tagesordnung steht, zeigen sich Erfolge. Ziel der LINKEN ist
85 es, die kommunale Demokratie auszubauen. Je mehr Einwohnerinnen und Einwohner an den Beratungs- und
86 Entscheidungsprozessen beteiligt sind, umso mehr wird die kommunale Daseinsvorsorge gesichert.
87

88 Infolge der sozialen Situation vieler Einwohnerinnen und Einwohner werden Angebote zur Selbsthilfe, zur
89 Unterstützung in schwierigen Lebenslagen oder auch bei der Organisation alternativer Freizeitangebote in
90 den Kommunen eine zunehmende Rolle spielen.
91

92

93 **II. Zielsetzung**

94

95 Dort, wo DIE LINKE. Verantwortung in den Städten und Gemeinden übernimmt, darf es in den Bereichen der
96 kommunalen Daseinsvorsorge, also bei
97

- 98 – der gesundheitlichen und sozialen Versorgung und Betreuung der Einwohnerinnen und Einwohner,
- 99 – (der gesundheitlichen und sozialen Betreuung der Einwohnerinnen und Einwohner,)
- 100 – der Gewährleistung eines bezahlbaren (über-)örtlichen öffentlichen Personennahverkehrs,
- 101 – der Versorgung mit Energie und Wasser, der Abwasserbeseitigung und -reinigung und der
- 102 Abfallentsorgung,
- 103 – der Sicherung und Förderung eines bedarfsgerechten öffentlichen Angebotes an Bildungs- und
- 104 Kinderbetreuungseinrichtungen,
- 105 – der Entwicklung der Freizeit- und Erholungseinrichtungen sowie des kulturellen und sportlichen
- 106 Lebens,
- 107 – der harmonischen Gestaltung der Gemeindeentwicklung unter Beachtung der Belange der Umwelt
- 108 und des Naturschutzes, des Denkmalschutzes und der Belange von Wirtschaft und Gewerbe,
- 109 – der Bauleitplanung, dem öffentlichen Wohnungsbau

110

111 und anderen für die Menschen in den Kommunen wichtigen Bereichen, wie zum Beispiel die Fragen von
112 gutem und bezahlbarem Wohnen, guter Arbeit, Ökologie oder der Nutzung des öffentlichen Raums, nicht nur
113 um die Verteidigung des Bestehenden gehen. Unser Ziel muss es sein, die Bereitschaft dafür zu entwickeln,
114 Daseinsvorsorge auch als Entwicklungsprozess zu begreifen und damit die Angebote für alle Einwohnerinnen
115 und Einwohner ständig weiter zu verbessern.

116

117 Mit den Änderungen der Sozialgesetze stehen gerade die Landkreise und kreisfreien Städte vor großen
118 Herausforderungen. Auch wenn DIE LINKE. dabei bleibt, dass Hartz-IV weg muss, gibt es in den öffentlichen
119 Verwaltungen Spielräume, die genutzt werden müssen. Einer weiteren Privatisierung der kommunalen
120 Daseinsvorsorge stellen wir uns entgegen, Bestrebungen zur Rekommunalisierung (u.a. Wasser, Energie,
121 ÖPNV, Wohnen) werden von uns unterstützt.

122

123 Ziel der Partei DIE LINKE. in Thüringen bei den anstehenden Wahlen 2012 ist es,

124

- 125 1. in allen kreisfreien Städten sowie in der Mehrzahl der Landkreise geeignete Kandidatinnen und
126 Kandidaten für die kommunalen Wahlämter als Landrat/Landrätin oder (Ober-)BürgermeisterInnen
127 zu gewinnen und damit aus den Wahlen 2012 gestärkt hervorzugehen,
- 128 2. erstmals in Thüringen eine/einen Landrätin/Landrat mit dem Mandat DIE LINKE. zu stellen,
- 129 3. alle bisherigen BürgermeisterInnenmandate erfolgreich zu verteidigen und weitere „Rote Rathäuser“
130 zu etablieren, die für mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz, mehr soziale Gerechtigkeit, eine
131 ökologische Entwicklung, konsequentes Vorgehen gegen Rechtsextremismus und demokratischere
132 Kommunen im Land sorgen,
- 133 4. ein personelles Angebot für die nach der Sommerpause 2012 zu wählenden Beigeordneten (in den
134 kreisfreien Städten der BürgermeisterInnen) zu unterbreiten,
- 135 5. den Kommunen im Land eine Finanzausstattung zu verschaffen, die die Realisierung der Aufgaben
136 ermöglicht,
- 137 6. die Möglichkeiten zur direkten politischen und gesellschaftlichen Beteiligung von Einwohnerinnen
138 und Einwohnern zu verbessern.

139

140

141 III. Voraussetzungen

142

143 Damit die organisatorischen Voraussetzungen für einen erfolgreichen Wahlkampf 2012 geschaffen werden,
144 wird der **Landesvorstand** aufgefordert,

145

- 146 1. gemeinsam mit den Gebietsvorständen bis zum Ende 2011 Gespräche mit den bisherigen
147 MandatsinhaberInnen bezüglich ihrer Wiederkandidatur zu führen,
- 148 2. gemeinsam mit den Gebietsvorständen bis zum Ende 2011 Gespräche mit geeigneten
149 Bewerberinnen und Bewerbern für ein kommunales Wahlamt zu führen,
- 150 3. Kriterien und Anforderungen, die an die Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN zu stellen sind,
151 zu entwickeln,
- 152 4. geeignete Qualifizierungsangebote in enger Zusammenarbeit mit dem KOPOFOR Thüringen als
153 anerkanntem Bildungsverein der Partei zu unterbreiten,
- 154 5. die Voraussetzungen für eine einheitliche Wahlkampagne (unter Beachtung der Marke DIE LINKE.) zu
155 schaffen,
- 156 6. ein tragfähiges Konzept für die weitere Öffentlichkeitsarbeit und den Einsatz neuer Medien zu
157 erarbeiten,
- 158 7. in Vorbereitung auf die Landtagswahl im Herbst 2014 ein Wahlprogramm zu erarbeiten, das den
159 Willen für Veränderungen im Land erkennbar deutlich macht und die kommunale Ebene nicht außen
160 vor lässt.

161

162 Die **Stadt-, Kreis- und Regionalverbände** werden gebeten,

163

- 164 1. die Wahlstrategie auf die örtlichen Gegebenheiten anzupassen und somit ein einheitliches

- 165 landesweites Erscheinungsbild für linke Kandidatinnen und Kandidaten zu sichern,
166 2. geeignete Kandidatinnen und Kandidaten für den Wahlantritt zu gewinnen,
167 3. eigene Kreiswahlbüros zur personellen, organisatorischen und materiellen Absicherung des
168 Wahlkampfes zu bilden,
169 4. im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die finanzielle Absicherung des Wahlkampfes 2012 Sorge zu
170 tragen und dazu alle Formen zur Einwerbung von Spenden zu nutzen,
171 5. die geplanten Abführungen an den Kommunalwahlfonds, der bereits gebildet wurde, abzusichern
172 (über die Verwendung entscheidet das Landeswahlbüro in enger Zusammenarbeit mit den
173 Kreiswahlleitern),
174 6. bis zum Beginn des Jahres 2012 verlässliche Wahlkampfstrukturen zu entwickeln,
175 7. den Kommunalwahlkampf zu nutzen, um die Wahlprogramme der Jahre 2006 und 2009 öffentlich
176 abzurechnen,
177 8. sich intensiv in die Debatte zur Fortschreibung der „Kommunalpolitischen Leitlinien“ einzubringen,
178 9. die Wahlkämpfe 2012 dafür zu nutzen, geeignete BewerberInnen für die Wahl der kommunalen
179 Vertretungen im Frühjahr 2014 zu gewinnen,
180 10. dort, wo keine eigenen Kandidaturen erfolgen, die Bewerberinnen und Bewerber in den
181 benachbarten Kreisverbänden zu unterstützen. Das gilt insbesondere für die vorgezogene Wahl des
182 Landrates im Saale-Orla-Kreis,
183 11. mit geeigneten Formen klassischer und digitaler Öffentlichkeitsarbeit für die Positionen und
184 KandidatInnen der LINKEN zu werben.
185

186 Die **Kandidatinnen und Kandidaten** werden aufgefordert,

- 187
188 1. sich im offenen Dialog mit den Einwohnerinnen und Einwohnern frühzeitig zu ihren
189 kommunalpolitischen Schwerpunktthemen zu äußern,
190 2. alle Formen der demokratischen Kontrolle, des Rechtes auf Informationen, der Beteiligung an der
191 demokratischen Willensbildung und Entscheidungsfindung, des bürgerschaftlichen Engagements zu
192 nutzen, um Einwohnerinnen und Einwohner an kommunalen Prozessen zu beteiligen
193 (Einwohnerversammlungen, Bürgerbeteiligungshaushalte, Einwohnerbefragungen, Bildung von
194 Beiräten usw.)
195 3. ihre politische Biografie in den Parteigliederungen öffentlich zu machen,
196 4. ihre persönliche Glaubwürdigkeit gegenüber den Wählerinnen und Wählern zu bewahren und
197 auszubauen,
198 5. sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Finanzierung des Wahlkampfes zu beteiligen,
199 6. mit ihren Kreis- und Stadtverbänden Vereinbarungen über Mandatsträgerbeiträge abzuschließen,
200 7. Qualifizierungsangebote zu nutzen, um sich auf ihr kommunales Wahlamt vorzubereiten,
201 8. mit geeigneten Formen klassischer und digitaler Öffentlichkeitsarbeit für sich und die Positionen der
202 LINKEN zu werben.
203
204

205 **IV. Ausblick**

206
207 Das Land, aber auch der Landesverband DIE LINKE., stehen vor großen Herausforderungen. Dabei spielt der
208 demografische Wandel eine herausgehobene Rolle. Die Veränderungen in der Altersstruktur der Gesellschaft
209 und der Partei DIE LINKE. bieten viele Chancen, frühzeitig Maßnahmen auf allen Gebieten des
210 Gemeinwesens und der politischen Arbeit zu ergreifen. Dazu hat die Partei und die Gesellschaft insgesamt
211 noch kein schlüssiges Konzept. Die Anzahl der Bewerberinnen und Bewerber für kommunale Mandate und
212 Parteifunktionen macht deutlich, dass die Gewinnung von Kandidatinnen und Kandidaten auch genutzt
213 werden muss, neue Mitglieder für die Partei zu gewinnen. Nur so kann ein flächendeckender Wahlantritt und
214 damit auch ein personelles Angebot an die Wählerinnen und Wähler erfolgen. Gleichzeitig hat die bisher
215 stattgefundene Programmdiskussion wesentlich dazu beigetragen, das inhaltliche Profil der Partei weiter zu
216 stärken.

217 Der Landesparteitag im November 2011 ist ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zu einer starken LINKEN in
218 Thüringen. Der neue Landesvorstand hat die Aufgabe, die Wahlkämpfe in den Jahren 2012 bis 2014
219 vorzubereiten, politisch zu leiten und Erfolg zu organisieren, damit 2014 ein Politikwechsel in Thüringen

220 tatsächlich möglich wird.